



Ein blauer Planet in der Krise

Die Klimaforschung zeigt uns eindeutig: Die Ozeane stehen im Zentrum der globalen Klimakrise – als Puffer, als Opfer und als Hoffnungsträger zugleich. Wenn wir die Daten genauer betrachten, sehen wir einen erschütternden Befund: Die marinen Ökosysteme, die das Leben auf der Erde mittragen, kollabieren zunehmend unter der Last menschlicher Einflüsse. Die UN-Ozeankonferenz (UNOC3) in Nizza ist deshalb nicht nur ein diplomatisches Großereignis – sie ist ein Testfall für die Handlungsfähigkeit der internationalen Gemeinschaft.

Was auf dem Spiel steht: Die Lebensfunktionen des Meeres

Die Ozeane bedecken über 70 % der Erdoberfläche. Sie produzieren mehr als die Hälfte des Sauerstoffs, den wir atmen, absorbieren rund 30 % des vom Menschen ausgestoßenen CO₂ und speichern enorme Wärmemengen. Anders ausgedrückt: Ohne intakte Ozeane wäre das globale Klima längst vollständig außer Kontrolle geraten.

Der Preis für die Vernachlässigung der Ozeane ist hoch. Die Erwärmung der Meere führt zu marinen Hitzewellen, deren Intensität und Häufigkeit wir heute präzise dem menschengemachten Klimawandel zuschreiben können. Der jüngste Massenbleiche von Korallen – sichtbar vom Pazifik bis zum Indischen Ozean – ist kein isoliertes Naturereignis, sondern eine Folge systemischer Überlastung. Korallenriffe, die etwa ein Viertel der marinen Biodiversität beherbergen, sterben ab – und mit ihnen die Lebensgrundlage unzähliger Küstengemeinschaften.

Gleichzeitig schreitet die Ozeanversauerung voran: Mehr CO₂ in der Atmosphäre bedeutet mehr Kohlenstoffsäure im Meer, was die Schalenbildung vieler Organismen hemmt. Die Folgen? Eine destabilisierte Nahrungskette vom Plankton bis zum Thunfisch – und langfristig auch ein Risiko für unsere eigene Ernährungssicherheit.

Plastik im Blut der Meere

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Täglich gelangen weltweit etwa 2.000 LKW-Ladungen Plastikmüll in die Meere. Diese nicht abbaubaren Materialien zersetzen sich in



Wenn das Meer stirbt, stirbt auch der Mensch: Warum die UN-Ozeankonferenz in Nizza mehr ist als Symbolpolitik

Mikroplastikpartikel, die in die Nahrungsketten eindringen – bis hin zum menschlichen Organismus.

Was früher als entferntes Umweltproblem erschien, ist heute eine globale Gesundheitsfrage. Mikroplastik wurde bereits in menschlichem Blut, Plazenta und Lunge nachgewiesen. Gleichzeitig gefährdet es Meeressäuger, Seevögel und Fischbestände. Besonders betroffen sind Länder des globalen Südens, denen es oft an Ressourcen für effektives Abfallmanagement fehlt – ein klassischer Fall von Umweltungerechtigkeit.

Ein Hoffnungsschimmer: Der geplante UN-Plastikvertrag, der Produktion und Verbrauch von Einwegplastik global regulieren soll. Doch dieser Vertrag muss mehr leisten als Absichtserklärungen – es geht um konkrete Reduktionsziele, Transparenzpflichten und Sanktionsmechanismen.

Überfischt, übernutzt, unterreguliert

Fast 90 % der weltweiten Fischbestände sind überfischt oder an ihrer biologischen Belastungsgrenze. Die industrielle Fischerei, insbesondere das zerstörerische Grundsleppnetzfischen, richtet ökologischen und klimatischen Schaden an. Sie verwüstet Meeresböden, zerstört Lebensräume und setzt gebundenen Kohlenstoff aus Sedimenten frei – ein gefährlicher aber bislang weitgehend unterschätzter Klimafaktor.

Konkret heißt das für uns: Wenn wir nachhaltige Fischerei nicht systematisch fördern, verlieren wir nicht nur Artenvielfalt, sondern auch eine essenzielle Proteinquelle für Milliarden Menschen. Besonders Küstengesellschaften im globalen Süden sind auf Fisch als Hauptnahrungsquelle angewiesen. Ihre Ernährungssicherheit hängt unmittelbar vom Erhalt gesunder Bestände ab.

UNOC3: Eine Konferenz – viele Erwartungen

Die dritte UN-Ozeankonferenz in Nizza ist ein geopolitischer Lackmustest. Entscheidend wird sein, ob diplomatische Rhetorik in konkrete Maßnahmen übersetzt wird. Drei Punkte stehen besonders im Fokus:



1. **Ratifikation des BBNJ-Abkommens** („Biodiversity Beyond National Jurisdiction“): Dieses historische Abkommen soll ermöglichen, auch außerhalb nationaler Gewässer Meeresschutzgebiete auszuweisen. Es geht um über zwei Drittel der Weltmeere – eine Rechtslücke von globaler Tragweite.
2. **Implementierung des WTO-Abkommens über Fischereisubventionen:** Staatliche Unterstützung für illegale, nicht gemeldete und unregulierte Fischerei muss beendet werden. Nur so kann Marktverzerrung verhindert und nachhaltige Fischerei belohnt werden.
3. **Förderung einer nachhaltigen blauen Wirtschaft:** Küsten- und Inselstaaten benötigen wirtschaftliche Perspektiven, die Meeresnutzung und -schutz miteinander vereinen. Dies erfordert Technologietransfer, Finanzierung und partizipative Governance.

Klimagerechtigkeit beginnt am Meeresgrund

Der Klimawandel ist kein Gleichmacher – im Gegenteil: Er verschärft globale Ungleichheiten. Kleine Inselstaaten, indigene Gemeinschaften und Küstenregionen sind überproportional betroffen. Viele dieser Regionen tragen am wenigsten zur globalen Erwärmung bei, leiden aber am stärksten unter deren Folgen – sei es durch steigende Meeresspiegel, Verlust von Fischgründen oder zerstörerische Stürme.

Die **Attributionswissenschaft** kann diese Ungleichheiten sichtbar machen. Sie quantifiziert, wie sich Extremereignisse durch den Klimawandel verändert haben – und wo präventive Anpassung dringend notwendig ist. Das ist keine theoretische Diskussion mehr – wir sehen die Auswirkungen bereits heute.

Schlussfolgerung: Es geht um alles

Ozeane sind kein Randthema der Klimapolitik – sie sind ihr Herzstück. Ihr Zustand entscheidet über das globale Gleichgewicht, unsere Ernährungssicherheit, das Klima und die biologische Vielfalt. Die UNOC3 ist eine Chance, diesen Zusammenhang endlich ernst zu nehmen.

Doch ein Konferenzschlussdokument allein wird die Meere nicht retten. Was es braucht, ist ein globaler Bewusstseinswandel: weg vom Extraktivismus, hin zu regenerativen Systemen. Weg von nationalen Egoismen, hin zu planetarer Verantwortung.



Wenn das Meer stirbt, stirbt auch der Mensch: Warum die UN-Ozeankonferenz in Nizza mehr ist als Symbolpolitik

Die gute Nachricht: Die Lösungen sind bekannt. Es liegt an uns, sie umzusetzen – mit wissenschaftlicher Klarheit, politischem Willen und gesellschaftlicher Solidarität.

Von E.S.